

Kommunen wollen mehr bestimmen

KREIS OFFENBACH Tagung über Übergang zum Beruf

Von Christoph Manus

Niemand kann Schüler beim Übergang in den Beruf besser unterstützen als die Städte selbst. Davon wollen die in der Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative organisierten Kommunen Bund und Land überzeugen. „Gebt den lokalen Akteuren die Verantwortung und die finanziellen Ressourcen dazu“, sagte der Rodgauer Sozialdezernent Michael Schüßler (FDP) gestern zu Beginn einer zweitägigen Tagung der Initiative im Dietzenbacher Kreishaus und der Rodgauer Georg-Büchner-Schule.

Doch die Politik, von der Europäischen Union bis zum Land, fördere Bildungsprojekte meist nur in den Großstädten. Dabei lebe die Mehrheit der Menschen in kreisangehörigen Kommunen, sagte der Sozialwissenschaftler Wilfried Kruse, der seit Gründung der Initiative im Jahr 2007 deren Arbeit koordiniert.

In einer „Kreis Offenbacher Erklärung“ beklagen die in der Initiative vereinten Kommunen – außer der Stadt Weinheim, Rodgau und dem Kreis Offenbach sind das etwa die Städte Dortmund, Stuttgart, Freiburg und Kiel – eine „immer spürbarer werdende Unterausstattung der Städte und Landkreise“. Diese führe „auf Sicht zu einer Gefährdung von Teilhabe und sozialer Integration und damit zur Gefährdung des sozialen Friedens“, heißt es.

Der Weinheimer Initiative geht es, wie ihr Sprecher, der Weinheimer Oberbürgermeister Heiner Bernhard (SPD) klarmachte, aber nicht nur darum, als kommunale Lobby bessere Bedingungen zu fordern. Gegenseitig unterstützten sich die Mitgliedskommunen auch mit Konzepten für den Übergang von der Schule zum Beruf und berichteten sich gegenseitig über ihre praktischen Erfahrungen.

„Wir wollen den Kommunen Modelle an die Hand geben, mit denen sie Bildung Priorität geben können“, sagte Schüßler. Die Gemeinderäte müssten erkennen, dass sie eine politische Pflicht zur besseren Koordinierung ihrer Arbeit in diesem Bereich hätten, sagte Bernhard.

Motto des Jahrestreffens der mit Hilfe der Freudenbergstiftung gegründeten Initiative war diesmal „Teilhabe ist unteilbar“. Am Beispiel von neuer Einwanderung, jugendlichen Flüchtlingen, Inklusion und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sollten aktuelle Herausforderungen benannt werden. Unter den 120 Teilnehmern waren auch Vertreter von Städten aus Tschechien, der Slowakei, Griechenland und Spanien. Diese sind auch in den Kreis Offenbach gereist, um eine europäische Arbeitsgruppe bildungsaktiver Mittelstädte mitzubegründen.

**Bildung
Priorität
geben**